

Standardessentielle Patente: Kommission zieht den Vorschlag offiziell zurück

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am Montag per Brief Parlamentspräsidentin Roberta Metsola informiert, dass die Kommission formell die Vorschläge für [Standardessentielle Patente](#) (SEP) und die [KI-Haftungsrichtlinie](#) zurückgezogen hat. Das Kollegium der Kommissare hat dies am 16. Juli in seiner Sitzung beschlossen. Die Industrie, vor allem Autohersteller, sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments und die damalige polnische Ratspräsidentschaft hatten heftige Kritik an der Ankündigung der Kommission geübt, den SEP-Vorschlag zurückzuziehen.

Die Kommission macht die Co-Gesetzgeber verantwortlich für das Scheitern. In einer Erklärung zum SEP-Vorschlag heißt es: „Weder das Parlament noch der Rat haben ein klares Signal zur Unterstützung des SEP-Vorschlags gegeben.“ Die Kommission bleibe der Überzeugung, dass der Vorschlag der richtige Ansatz war, Marktversagen bei SEPs zu adressieren, Investitionen und Innovationen zu steigern und ein Ökosystem für die Standards zu fördern, das die Wettbewerbsfähigkeit der EU vergrößere.

Tiemo Wölken (SPD) klagt gegen die Kommission wegen des Rückzugs des SEP-Vorschlags. Das vielleicht Empörendste sei die oben angeführte Erklärung der Kommission zu SEPs: „Wenn die Kommission wirklich glaubt, dass die SEP-Verordnung ‚ein adäquates Mittel‘ ist, warum hat sie den Vorschlag dann zurückgezogen?“ Das Parlament habe zu der Verordnung eine Position und die polnische Ratspräsidentschaft habe mehrere volle Tage für Verhandlungen über den Vorschlag angesetzt.

„Auch die Diskussionen zur KI-Haftungsrichtlinie wurden nicht etwa aus mangelndem Interesse verschoben“, sagte Wölken. „Sondern weil wir zuerst mit dem KI-Gesetz Klarheit schaffen wollten.“ Bis heute habe die Kommission weder den Rückzug des SEP-Vorschlags noch der KI-Haftungsrichtlinie zufriedenstellend erklären können. Er habe geklagt, weil die Öffentlichkeit Transparenz verdiene und keine Plattitüden.

Die Frage, ob eine KI-Haftungsrichtlinie sinnvoll sei, war im Parlament umstritten. Der vorgesehene Berichterstatter, Axel Voss (CDU), argumentiert, dass Unternehmen es ohne die AI Liability Directive (AILD) in der Union mit 27 unterschiedlichen und veralteten Haftungsregimen zu tun bekommen. Das sei vor allem für KMU ein großes Problem, weniger für die großen Tech-Konzerne. Kritiker betonen jedoch, dass der Bereich KI in der EU bereits überreguliert sei. Einige verweisen auch auf die im November in Kraft getretene [neue Produkthaftungsrichtlinie](#), die auch auf Künstliche Intelligenz anwendbar sei. *Markus Grabitz, Corinna Visser*